Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 180. Freitag, den 16. November. 1866

Landtag.

Im Herrenhause dürfte in den ersten Tagen auf eine Aufnahme der Sitzungen nicht zu rechnen sein, da, wie wir hören, die Mitglieder in nicht beschlußfähiger Anzahl anwesend sind, und man erst in den nächsten Tagen auf das Eintreffen der Mitglieder in der Weise rechnen kann, daß die Zahl derselben zur Beschlußfähigkeit des Hauses genügt.

26. Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 13. d. M. In der heutigen Sitzung ergriffen in der Debatte über die geschäftliche Behandlung des Budgets nach dem Abg. Rohden noch die Abgg. v. Unruh (für), Dr. Techow (gegen), und Graf Bethusy-Huc (für Vorberathung im Hause) das Wort; der Antrag des Abg. Michaelis auf Vorberathung im Hause wurde darauf bei Zählung der Stimmen mit 105 gegen 90 Stimmen angenommen. — Es erfolgte nunmehr die Einbringung einer längeren Reihe von Gesetzentwürfen. Der Finanzminister brachte zwei Gesetzentwürfe, betreffend eine Abänderung des § 6 des Gesetzes vom 21. Mai 1863 über die anderweitige Regulirung und Veranlagung der Grundsteuer und betreffend die definitive Untervertheilung und Erhebung der Grundsteuer ein, welche beide an die Finanzkommission verwiesen wurden, über einen ebenfalls vom Finanzminister eingebrachten Gesetzentwurf, wegen Aufhebung der Rheinschifffahrtsabgaben wurde Schlußberathung beliebt und Abg. Michaelis zum Referenten ernannt. Ein Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der direkten Besteuerung im ehemaligen Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen wurde der Finanz-Kommission überwiesen. — Der Handelsminister überreichte einen Gesetzentwurf, betreffend eine Abänderung des Handelsgetzbuchs, wonach den Mäklern fortan auch schrifliche Aufträge erlaubt sein sollen, sofern sie die Dokumente bei der Revision ihrer Bücher vorlegen können; der Beschluß über die geschäftliche Behandlung wurde bis nach erfolgtem Druck der Vorlage ausgesetzt. Ferner brachte der Handelsminister einen Gesetzentwurf, betreffend die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften, ein; nach einer kürzeren Diskussion wurde beschlossen, diese Vorlage der XIV. Kommission zu überweisen, welche bereits über den vom Abg. Schulze (Berlin) eingebrachten Gesetzentwurf gleichen Inhalts durch der Abg. Lasker Bericht erstattet hat. — Der Justizminister brachte 1) einen Gesetzentwurf betreffend die Ermäßigung resp. Aufhebung des Gerichtskostenzuschlages vom 1. Januar 1867 ab ein; (Schlußberathung, Referent Abg. Rohden); 2) einen Gesetzentwurf, betreffend die güterrechtliche Gemeinschaft der Ehegatten im Bereich des Civilsenats von Ehrenbreitenstein (Ueberweisung an eine besondere Kammission); 3) einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Lehnsverbandes in Alt-, Vor- und Hinterpommern (Ueberweisung an eine besondere Kommission) und endlich 4) einen Gesetzentwurf, betreffend eine Abänderung der Strafbestimmungen wegen unbefugter Aneigung von Bernstein (Ueberweisung an die Justizkommission). Die Sitzung wurde um 3¼ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Zur Situation.

Ueber die Beziehungen zu Rußland, insbesondere über das Gerücht eines angeblichen Bündnisses zwischen Preußen und Rußland, für das man sogar in der Reise des Kronprinzen von Preußen nach St. Petersburg eine Bestätigung hat finden wollen, indem man dieser Reise den Zweck unterlegt, die diplomatischen Verhandlungen über das Bündniß zwischen beiden Mächten zum Abschluß zu bringen, bemerkt die „Nordd. A. Z." offiziös: „Jeder Unbefangene wird sich die Reise des Kronprinzen zur Theilnahme an dem Familienfeste wohl aus den nahen verwandtschaftlichen Verhältnissen der beiden fürstlichen Häuser erklären. Den wiederholten Gerüchten gegenüber müssen wir indeß in der bestimmtesten Weise erklären, daß diplomatische Zwecke in dem Besuch des Kronprinzen am russischen Kaiserhofe nicht zu suchen sind. Der Gedanke einer politischen Allianz für Ereignisse, die erst noch kommen sollen, liegt der preußischen Politik sehr fern. Kein tiefer blickender Staatsmann kann geneigt sein, auf diese Weise in der Gegenwart sich für die Zukunft die Hände zu binden."

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 14. November. Nach der „Nordd. A. Ztg." wird unter den Regierungsvorlagen, welche für diese Session zu erwarten sind, sich auch ein Gesetzentwurf befinden, der erforderlich ist, um die neuen Landestheile in das Wahlsystem der preußischen Verfassung einzufügen, da im Verhältniß zu der Seelenzahl, um welche der preußische Staat durch die neuen Erwerbungen vergrößert ist, auch die Zahl der Abgeordneten sich vermehrt und, dem entsprechend, neue Wahlbezirke den bisherigen hinzuzufügen sind.

— Den 15. Nov. In dem von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf des Staatshaushaltsetats pro 1867 hat wenigstens ein Theil der langjährigen Forderungen der liberalen Majorität des Abgeordnetenhauses Berücksichtigung gefunden. Der Gerichtskosten-Zuschlag ist ermäßigt resp. in Wegfall gekommen; es sind 2,400,000 Thlr. für Verbesserung der Gehälter der Lehrer und Beamten und für Erhöhung des Soldatensoldes (die Erhöhung des Soldes beträgt 6 Pfennige pro Mannn) ausgesetzt und das Briefporto wird ermäßigt. (Es soll nach dem Vorschlage der Regierung fortan an Porto für frankirte Briefe durch ganz Norddeutschland bis 20 Meilen einschließlich 1 Sgr., für jede weitere Entfernung nur 2 Sgr. erhoben werden; bei unfrankirten Briefen sollen bis 10 Meilen einschließlich 2 Sgr., darüber 3 Sgr. erhoben werden.) Die Regierung hat damit endlich die Berechtigung der Forderungen der liberalen Abgeordneten wenigstens theilweise thatsachlich anerkannt. Hoffen wir, daß sie den Forderungen der Volksvertretung auch auf andern Gebieten bald eine gleiche Berücksichtigung zu Theil werden lasse! — Aus Marburg wird gemeldet, daß man dort beabsichtigt, den Grafen Bismarck als Candidaten der Stadt Marburg und der Provinz Oberhessen zum norddeutschen Parlament aufzustellen. In dem zu diesem Zwecke gebildeten Comité sprachen sich nur zwei Stimmen dagegen aus. — Dr. Sigmund Müller in Frankfurt a. M. hat an die Mitglieder der ständigen Kommission des deutschen Abgeordnetentages ein Anschreiben erlassen, worin er dieselben benachrichtigt, „daß sich aus den Antworten auf sein Circular vom 30. Oktober eine genügende Betheiligung an der für den 18. d. Mts. in Berlin von den preußischen

— **Ueber das allgemeine Wahlrecht** bringt die „Post" einen Artikel, der in seinen wesentlichen Theilen sehr Richtiges enthält. Es heißt darin: „An und für sich, und von anderen Voraussetzungen getrennt, ist das allgemeine Wahlrecht weder eine Grundlage noch eine Schule der politischen Freiheit. Nicht die Ausübung politischer Rechte sondern die Erfüllung staatlicher Pflichten ist es, die ein Volk für die Freiheit erzieht; die Pflicht ist die einzig sichere Grundlage des Rechts. Die verfassungsmäßige Freiheit in England hat sich als Aequivalent der den Gemeinden in reichem Maße aufgebürdeten, von den hervorragenden Gemeinde- und Grafschafts-Mitgliedern unter strengster Verantwortlichkeit persönlich dem Staate zu leistenden Pflichten herausgebildet. Die englische Verfassung ist aus der Verwaltung hervorgegangen, und ihre Kraft und Festigkeit beruht in ihrem organischen Zusammenhang mit der Verwaltung. Unter den Staaten des Continents ist kein einziger, in welchem dieser Zusammenhang bestände. In allen continentalen Staaten, welche Verfassungen besitzen, finden wir diese neben ein oft hoch entwickeltes, in manchen derselben, wie in Preußen, durch glänzende Leistungen bewährtes absolutistisch-bureaukratisches Verwaltungssystem gestellt. Verfassungsrecht und Verwaltungsrecht gehören hier zwei ganz verschiedenen politischen Systemen an; statt einander zu ergänzen und sich gegenseitig zu stützen, stehen sie vielmehr in einem, auch durch den besten Willen aller Betheiligten nicht zu beseitigenden Antagonismus einander gegenüber. Der innere Widerspruch liegt hauptsächlich darin, daß, während das Volk durch die Ausübung seines Wahlrechts zu einem entscheidenden Einfluß auf den Gang der Staatsverwaltung berufen, es doch in keiner Weise an der Verwaltung selbst verantwortlich betheiligt ist. Das Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber dem Staat und der Gesellschaft wird bei uns, mit wenigen Ausnahmen, nur bei dem unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbeamten gefunden werden. Abgesehen von der allgemeinen Wehrpflicht, haben wir eigentlich nur eine einzige Institution, welche die Verantwortlichkeit auch des Privatmannes in Anspruch nimmt: es die der Geschworenengerichte. Auf dem Geschworen lastet, nicht allein wegen seines Eides, sondern auch wegen des großen, in vielen Fällen tief erschütternden Ernstes der ihm übertragenen Functionen, das ganze Gewicht einer schweren öffentlichen Pflicht; weshalb auch die Einführung der Schwurgerichte nicht bloß eine juridische, sondern noch weit mehr ihre hohe politische Bedeutung hat. Das natürliche Feld für eine allgemeine Betheiligung der Einzelnen an den Aufgaben des Staates aber ist die Gemeinde und der Kreis. Die verantwortliche Mitwirkung der Bürger an der localen und communalen Verwaltung ist die hohe Schule für die politische Bildung, die wahre Organisation der Freiheit. Wir haben hierbei nicht etwa bloß die Verwaltung der speziellen Lokal-Interessen, z. B. des Gemeindevermögens u. dgl., im Auge, sondern auch, und vornehmlich, die Ausübung der obrigkeitlichen Functionen, welche ein Ausfluß der Staatsgewalt sind. In dieser Richtung hat bereits das absolutistische Preußen durch die Einführung der Städteordnung den ersten bedeutungsvollen Schritt gethan. Aber auch in der Städteverwaltung ist das bureaukratische Element überwiegend. Die Behandlung der Geschäfte in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ist wesentlich bureaukratisch. Allerdings ist die Stadtverordnetenversammlung direct, der Magistrat indirekt ans den Wahlen der Bürgerschaf hervorgegangen. Aber Wählen ist nicht Verwalten Wenn die Bürgerschaft ihre Behörden wählt so ist das die Ausübung eines Rechtes, aber nicht die Erfüllung einer Pflicht; denn Pflicht ohne Verantwortung ist ein Unding. Eine wirkliche, administrativ thätige Betheiligung der Bürger am Gemeindewesen kann, wie wir in einem früheren Artikel bereits nachgewiesen haben, nur durch Decentralisation erreicht werden. Die Bezirke müssen in wirkliche Verwaltungskörper umgestaltet, die Zahl der verantwortlichen Ehrenämter muß vermehrt, die Verpflichtung der Gemeindeglieder zur Uebernahme derselben gesetzlich festgestellt werden. Was für die Städte gilt, wird im Allgemeinen auch für die Landgemeinden und Kreise gelten. Aus Gemeindewahlen hervorgegangene Kreistage mögen, mit Beseitigung der Vorrechte der Rittergutsbesitzer, zur Controle des Kreisvermögens bestehen bleiben. Die Ausübung der obrigkeitlichen Functionen, insbesondere der ländlichen Po-

Abgeordneten, welche Mitglieder der Deputation sind, vorgeschlagenen Sitzung nicht ergeben habe; dieselbe finde daher nicht statt und es werde über Zeit und Ort der neu zu bestimmenden Sitzung weitere Mittheilung erfolgen."

Darmstadt. Von Seiten der Fortschrittspartei wird, um den Wahlagitationen der reaktionären Partei entgegenzutreten, die das Land jetzt mit Flugblättern überschwemmt, eine Schadenrechnung aufgemacht, welche das Land durch die Politik des Ministeriums Dalwigk erlitten habe. In der „Main. Ztg." wird dieselbe näher dahin angegeben: Die Kosten für die erste Ausrüstung, laufende Unterhaltung der Truppen, Einquartierungslast, an Preußen bezahlte Kriegskosten betragen 11,088,600 Gulden. Dabei sind aber eine Menge anderer Einbußen der Privaten und des Staates noch nicht in Anschlag gebracht, so daß allerdings der durch den Krieg veranlaßte Gesammtschaden ohne alle Uebertreibung auf mindestens 13—13 Millionen Gulden angeschlagen werden darf, und auch hierbei sind die beträchtlichen Verluste des Staats durch Abtretung von Land und Leuten, Post ꝛc. an Preußen noch nicht in Rechnung gezogen. Als dem Minister v. Dalwigk bei Berathung der Kriegskostenforderung im Finanzausschuß vorgeschlagen wurde, auf eine Verwendung der Darmstädter Truppen zur Besetzung des für neutral erklärten Mainz hinzuwirken, erklärte derselbe: „Von einer solchen verschämten Neutralität wolle er nichts wissen; unsere Truppen sollten mitkämpfen,, alsdann könnten wir auch beim Friedensschlusse ein Wort mitsprechen." Dieses Mitsprechen kam freilich theuer genug zu stehen!

Darmstadt, den 12. November. So eben wird hier folgender **Maueranschlag** an die Straßenecken geheftet: „Mitbürger! Die Rückschrittspartei, welche sich jetzt mit dem ihr dienlich scheinenden Namen „konservativ-liberal" geschmückt hat, setzt alle ihre Mittel in Bewegung, um bei dem ersten Wahlgang durchzudringen. Mit der lügenhaften Behauptung, die Fortschrittspartei wolle Euch preußisch machen, sucht man die Wähler zu verführen und für die Zwecke des Rückschritts zu mißbrauchen. Mitbürger! gebt den guten Namen nicht auf, den uns die freisinnige Wahl von 1862 erworben hat. Eilt unbeirrt zu der Wahlurne im Schulhause und haltet fest an der Fahne des Fortschritts! Das Comité der Versammlung freisinniger Urwähler im Ritsert'schen Saale." Die ministerielle Partei entwickelt eine ungeheure Rührigkeit.

Dresden, den 12. November. Die Kammern werden morgen ihre erste Sitzung halten, nachdem heute die Ständemitglieder sich vor den sogenannten Einweisungs-Kommissionen angemeldet haben. In der ersten Kammer wird morgen der vom König ernannte Präsident namhaft gemacht werden. Der Kammerherr v. Friesen wird wahrscheinlich dazu wieder ausersehen sein. Die zweite Kammer hat vier Kandidaten vorzuschlagen, unter denen der König den Präsidenten und Vicepräsidenten ernennt. Für die erste Kammer hat der König drei neue Mitglieder ernannt, darunter den früheren Gesandten in Berlin, Graf v. Hohenthal.

Dresden. In der bevorstehenden Session werden Petitionen aus verschiedenen Theilen des Laudes; welche die Wiedereinführung des Wahlgesetzes vom November 1848 betreffen, zur Sprache kommen. In der hier zu diesem Zwecke abgehaltenen Volksversammlung wurde über die von dem Advokaten Hendel abgefaßte Petition berathen. Die Debatte drehte sich darum, ob eine Petition oder ein Protest vorzuziehen sei. Erstere wurde vorgezogen, weil sie die Stände zur geschäftsmäßigen Behandlung zwinge. Herr Vahlteich erklärte, daß seine Partei auch gegen das Wahlgesetz von 1848 sei, da es noch das Zweikammersystem enthalte. Er sei daher für Einführung des allgemeinen Stimmrechts gemäß dem Reichswahlgesetz. Schaffrath bemerkte, daß das Wahlgesetz vom November 1848 das Einkammersystem faktisch bereits eingeführt habe, indem bei Diskrepanzen der Kammern schließlich eine gemeinsame Berathung einzutreten habe. Gegen das Reichswahlgesetz babe das sächsische Wahlgesetz das voraus, daß schon jeder 21jährige stimmberechtigt sei. Zum Schluß wurde die vorgetragene Petition mit großer Majorität angenommen und der Einberufungsausschuß beauftragt, dieselbe im Namen der Versammlung zu unterzeichnen unb an die Ständeversammlung zu befördern.

Oesterreich. Die „Neue Freie Presse" scheint sich Herrn v. Beust für gewisse offiziöse Auslassungen zur Verfügung gestellt zu haben, wenigstens bringt sie in ihrer gestrigen Nummer das Schreiben eines „sächsischen Politikers", welches „interessante Aufschlüsse" enthalten soll. Herr v. Beust stand den Oesterreichern schon wiederholt in Aussicht: Einmal vor Berufung des Fürstentages, als sich Herr v. Schmerling gern des Grafen Rechberg entäußert hätte, das zweite Mal nach dem dänischen Krieg, und das dritte Mal, als Graf Bismarck das deutsche Parlament mit Ausschluß Oesterreichs proklamirte. Bei allen diesen Gelegenheiten hatten „Männer, die dem Hofe nahe standen", auf Hrn. v. Beust gewiesen, und immer vergebens. Endlich nach dem Prager Frieden sah man seinen Irrthum ein, und so wurde Hr. v. Beust denn Minister. Ueber das vielerwähnte und viel kommentirte aber bis jetzt noch von keinem profanen Auge gesehene Memorandum des Hrn v. Beust wird in der „Neuen Freien Presse" ebenfalls ganz Außerordentliches berichtet; es heißt dort in Betreff der auswärtigen Politik: „Oesterreich, das für lange eines ungestörten Friedens bedürfe, müsse sich bemühen, allen europäischen Fragen gegenüber, die nicht sein unmittelbarstes Interesse berühren, ein objektiver Zuschauer zu sein; es solle die freundschaftlichen Beziehungen zu Italien herstellen, Frankreich durch absolutes Fernhalten jeder Einmischung in die römische Frage gewinnen und, die Logik der Thatsachen anerkennend, sich so gut es eben geht zu Preußen stellen, dabei aber die Bildung des süddeutschen Bundes fördern." — In Betreff der innern Politik wird in ziemlich allgemein gehaltenen Redensarten bemerkt, könne man von Herrn v. Beust die liberalsten Zugeständnisse erwarten. Am Schlusse heißt es: „Der Zweite in einem Ministerium wird Freiherr v. Beust nicht lange sein. Leute, die ihn kennen, behaupten, er sei entweder nur zum Chef des Ministeriums geeignet oder unfähig, österreichischer Minister zu sein."

— Die „Presse", bemerkt über die Reise des Kaisers: „Beamte haben mehrmals ein geschlossenes Spalier gebildet, als gelte die Reise ihnen und nicht dem Volke; fast alle städtischen Behörden haben Feste, offizielle Einholungen, Fackelzüge, Illuminationen, Theater-Vorstellungen veranstaltet. Die Wunden des Landes wollte der Monarch sehen, und er mußte viel Prunk und Putz erblicken."

— Die „Wiener Zeitung" v. 14. d. Mts. veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben, welches den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frhrn. v. Beust auch zum Minister des kaiserlichen Hauses ernennt. — Die neuesten in Wien eingetroffenen Nachrichten aus Mexiko melden, daß in den dortigen Regierungskreisen für die Zukunft des Kaiserreiches die hoffnungsvollste Zuversicht herrsche.

Frankreich. Alles was über die von der Regierung bereits im Prinzip angenommenen Bestimmungen der Militär-Reorganisation erzählt wird, ist verfrüht. Gewiß ist, daß die allgemeine Wehrpflicht und die Abschaffung des Loskaufsrechtes bei den wohlhabenden Klassen so wenig populär ist, daß an die Einführung des preußischen Systems nicht gedacht werden kann. — Der „Temps" stellt einen Vergleich an zwischen der Militärorganisation in Frankreich und in Preußen, welcher entschieden zu Gunsten des letzteren Landes ansfällt. „In Preußen sagt das Blatt, scheint der Krieg nicht möglich ohne die gewaltsamste Zerreißung aller bürgerlichen, aller Familien-Bande, die ganze Nation wird ihren Beschäftigungen entrissen und in ein ausnahmsweises Leben geschleudert. Eine so organisirte Armee kann nicht den Krieg des Krieges wegen suchen. Sie taugt nur für den Defensivkrieg, oder für einen Krieg, der mit einiger Wahrscheinlichkeit oder durch Geschicklichkeit ihr als solcher dargegestellt wird. Aber durch ihre Zahl, durch die Festigkeit ihrer Zusammensetzung, durch den Wunsch sogar, schnell die Sache zu Ende zu bringen, ist sie furchtbar." Der „Temps" geht dann auf die Gedanken näher ein, welche der Organisation der Armee in beiden Ländern zu Grunde liegen. „In Frankreich, meint er, werde der Krieg als ein Uebel betrachtet, dem man im Voraus Rechnung zu tragen habe. Man verlange deshalb vom Lande schwere und beständige Opfer, um ihm im Augenblicke des Ausbruchs keine neuen abzufordern. Darum koste die Armee auch ein schweres Geld. In Preußen halte man dafür, daß der Krieg nicht im voraus die Hülfsquellen des Friedens aufzehren müsse. Von allen europäischen Armeen koste die preußische im Verhältniß zu ihrer Stärke am wenigsten. Das Beispiel Preußens, welches seit fünfzig Jahren am wenigsten Krieg geführt habe, bestätige sich außerdem, was die ersten Kriege die Revolution bereits gezeigt hätten, daß nämlich eine Armee nicht nöthig habe, an den Krieg gewöhnt zu sein, um ganz vortrefflich zu sein. In Frankreich ist die Armee eine kostspielige und beständig sehr gespannte Triebfeder, die aber dennoch große Opfer erheischt, wenn es sich darum handelt, sie stärker zu spannen. In Preußen ist die Feder während des Friedens weit weniger gespannt und im Kriege entwickelt sie eine viel größere Elastizität. Gewiß, die Kriege sollen kurz sein, aber alle Gründe scheinen dafür zu sprechen, daß das fortan auch wirklich immer der Fall sein werde." — Wunderbar ist es, daß der größte Theil der französischen Presse fortwährend gegen Preußen hetzt und sich nach allen möglichen Allianzen umsieht, die es aus der neugewonnenen Stellung wieder herausdrängen sollen, dabei aber gleichzeitig die bittersten Klagen über die angebliche preußisch-russische Allianz führt. Bald gebährdet man sich, als wolle man morgen zur Gewinnung der Rheingrenze ausrücken, und bald ist man wieder außer sich, daß Preußen Frankreich nicht als einen vollkommen harmlosen Nachbar betrachtet. Man verlangt, daß es sich Angesichts des bittern Grolles und der wahnwitzigen Eifersucht, welche in der französischen Presse ihre Stimme so zwanglos erheben, auch noch über Hals und Kopf mit Rußland überwerfen soll. Glücklicherweise ist das ganze Geschrei vorrerst mehr lächerlich als gefährlich; da weder der Entschluß noch die Kraft vorhanden sind, die vollendeten Thatsachen umzustoßen, so sollte ein einfaches Gefühl der Würde davon abhalten, lediglich den bösen Willen in rastlosem Keifen kundzugeben. So viel ist zu ersehen, daß die preußische Presse es nicht für Mühe werth hält, auch nur den hundertsten Theil aller giftigen Ausfällenzurückzuzahlen, mit denen Preußen in den hiesigen Blättern überschüttet wird, und glücklicherweise hat sie dies auch nicht nöthig. Eben jetzt giebt die Ankunft des Herzogs Adolph von Nassau und des Kurfürsten von Hessen in Paris den preußenfeindlichen Blättern neue Gelegenheit ihre Stimme für die depossedirten Fürsten zu erheben. Besonders starken Unwillen weckt ferner die Uebergabe der sächsischen Diplomatie in London an Preußen bei der „France." „England," klagt sie „hat diesen Bruch der diplomatischen Beziehungen mit Sachsen herbeigeführt; England unterstützt so die preußische Politik und macht Bahn für eine Reihe analoger Fälle. Ob der König von Sachsen wohl geahnt haben mag, welcher Ausdehnung der Artikel 5 des Friedensvertrages fähig ist, und wie dieser Artikel die Nullifizirung Sachsens im Auslande durch den schrittweisen Abbruch seiner diplomatischen Verbindungen vollkommen machen kann? Dies zu bezweifeln, ist Grund vorhanden."

Italien. Einem der „Nazione" zugehenden Telegramm zufolge, sind in Palermo eine Anzahl sehr hochstehender Persönlichkeiten, als der Betheiligung an dem letzten Aufstande verdächtig, verhaftet worden. Es befinden sich darunter die Fürsten Linguaglossa, Rammacca und Galati, die Baronin Zambo und Msgr. d'Acquisto, Erzbischof von Monreale. Die „Gazetta di Torino" erfährt jetzt, daß im Königsschlosse auf der spanischen Insel Mayorka Alles zu des Papstes Empfange bereit gemacht wird, da Pius IX. dahin zu gehen versprochen habe, falls in Rom die Revolution ihr Haupt erhebe.

Palermo, den 5. November. Der 1. Commissär hat ein drittes Militärgericht eingesetzt. Bei so energischen Maßregeln der Miltärbehörde sollte man es für einen schlechten Spaß halten, wenn man hören muß, daß ein neuer Brigantenangriff auf die Stadt noch immer erwartet und befürchtet wird. Es stehen im Hafen Schiffe zur Flucht bereit, und auf gestern hatten sich viele Einwohner seit längerer Zeit Lebensmittel gekauft. Die Truppen lagern vor der Stadt, das Castell ist durch Artillerie nnd Barricaden gegen die Stadt hin verstärkt worden. — Die Zahl der bis jetzt Verhafteten beträgt gegen 2000; man vermuthet noch 20- bis 30,000 „Facinorosi" in der Umgegend. Zwei Soldaten wurden hingerichtet weil sie verrätherischerweise an der Erhebung im September activen Antheil genommen hatten. Man spricht von bevorstehenden Verhaftungen in höheren Kreisen, welche ebenfalls compromittirt sein sollen. Die Veranlassung liegt vielleicht in den Gerüchten von einem aus Malta drohenden bourbonistischen Putsch mit Hilfe der Spanier unter General Bosko.

Rußland. Seitens der in Petersburg wohnenden Preußen kursirt eine Adresse an den Kronprinzen von Preußen, die schon mit zahlreichen Unterschriften bedeckt ist und deren Ueberreichung bevorsteht. Die hiesige englische Kolonie hat dem Prinzen von Wales bereits eine Adresse überreicht.

Amerika. **New-York**, den 25. Oktober. Der Correspondent der „Tribüne", G. W. Smalley, giebt folgenden Bericht über eine Unterredung mit dem Grafen Bismarck. Die Unterhaltung berührte hauptsächlich amerikanische Verhältnisse. „In unseren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, sagte Graf Bismarck, war ich mir immer klar. Die preußische Junkerpartei, zu der man mich rechnet, suchte beim Ausbruch des amerikanischen Krieges den König zu bestimmen, daß er den Süden anerkenne. Ich habe unbeugsam dagegen gearbeitet, da ich stets den Norden für den wahren Verbündeten Preußens gehalten habe, und er mit dem Süden nichts gemein habe. Die preußische Regierung hat in ihrer Freundschaft für die amerikanische nie geschwankt." „Diese unsere Politik ist traditionell" fuhr er fort, „Friedrich der Große war, wenn ich mich recht erinnere, der erste europäische Souverain, der Ihre Unabhängigkeit anerkannte. Ich bin herzlich froh, daß Amerika unsere Freundschafts-Gesinnung versteht und erwidert." Hier schaltete er eine Bemerkung ein, die wenigstens mir neu war, und wie ich glaube, auch nicht in Amerika bekannt ist. „Beim Beginn unseres Krieges", sagte Bismarck, war Oesterreich zur See stärker als wir, und Italien war uns noch nicht gesichert. Da machte man mir den Vorschlag, daß einflußreiche Seeoffiziere des Südens mit 500 Mann und passenden Schiffen sich mit uns verbinden sollten. Sie würden nicht als conföderirte Marine, sondern als Private zu uns stoßen und es waren in dem Anerbieten die Namen der hervorragendsten Offiziere genannt. Ich berieth die Sache mit Ihrem Gesandten, um zu erfahren, ob die Annahme einer solchen Offerte die amerikanische Regierung be-

---

lizei aber wicd durch königliche Ernennung localen Notabilitäten zu übertragen sein. Was diesen letzteren Punkt betrifft, so müssen wir uns eben so entschieden gegen die Polizeibefugniß der Rittergutsbesitzer wie gegen die Anwendung des Wahlprinzips erklären. Die Polizeihoheit ist ein Attribut des Staates, welches derselbe weder mit einer bevorrechteten Klasse noch mit Gemeinden und Kreisen theilen kann; (?) wohl aber kann er die Functionen der localen Polizei auf orts- und kreiseingesessene Vertrauensmänner übertragen, welche sie, nach Art der englischen Friedensrichter, als ein Ehrenamt zu verwalten haben würden. Daß diesen Ernennungen Alles, was politische Tendenz heißt, fern gehalten werden müßte, versteht sich von selbst. Das Selfgouvernement ist eine der berechtigtsten Forderungen der liberalen Partei; es ist aber zugleich ein eminent conservatives Princip. Es erzeugt und belebt in dem Einzelnen das Interesse an dem Staat; es lehrt und gewöhnt ihn, die Fragen des Staatslebens nicht nach Doctrinen und Theorien, sondern von practischen Gesichtspunkten aus zu betrachten; es erweckt endlich in ihm das Bewußtsein, daß eine treue und strenge Erfüllung seiner Pflichten gegen den Staat die einzige dauernde Bürgschaft für das unerschütterte Bestehen seiner verfassungsmäßigen Rechte ist. Die Entwickelung des Gemeindelebens ist und bleibt die Grundlage der politischen Freiheit."

leidigen könne, und Mr. Wright berichtete darüber nach Washington. Er erhielt Instructionen, die Sache zu hintertreiben, und so erklärte ich sogleich, nichts mit dem Anerbieten zu thun haben zu wollen."

Provinzielles.

Marienwerder, den 11. November. (Rückwirkungen des Krieges.) In Betreff der zurückgekehrten Landwerhrleute 2c. erläßt der hiesige Landrath nachstehende Weisung an die Ortsbehörden:

„Es sind von Seiten der aus dem Felde zurückgekehrten Landwehrleute und Reservisten wiederholte Klagen über den mangelnden Verdienst, über die Höhe der rückständigen Wohnungsmiethe und den Mangel an Feuerungsmaterial laut geworden. Der Grund oder Ungrund solcher Beschwerden läßt sich in den meisten Fällen diesseits nicht feststellen, und ebensowenig kann allen Anforderungen, die in dieser Beziehung an den Kreis gemacht werden, entsprochen werden, wenn schon die in den nächsten Wochen zusammentretende Kreisvertretung voraussichtlich weitere außerordentliche Unterstützungen genehmigen wird.

Als feststehend kann angenommen werden, daß in verschiedenen Gegenden des Kreises die Lage der zurückgekehrten Landwehrmänner und Reservisten ungünstig ist. Hier ist es nun die entschiedenste Pflicht der Ortsvorstände und Schulzen und ein Gebot der Gerechtigkeit wie Dankbarkeit, die Lage der zurückgekehrten Landwehrmänner 2c. nach Möglichkeit zu erleichtern und insbesondere dafür zu wirken, daß die rückständige Miethe nur allmälig und ohne allzu große Schmälerung des Arbeitsverdienstes eingezogen, und erforderlichen Falls von Seiten der Dorfschaften durch Unterstützungen eingetreten werde.

Ich veranlasse die sämmtlichen Ortsbehörden des Kreises in diesem Sinne innerhalb ihres Amtskreises zu wirken und in geeigneten Fällen über den Erfolg an mich zu berichten."

Daß jetzt schon, wo doch der Winter erst im Anzuge ist, und Feld- und andere Arbeiten noch überall möglich sind, eine solche Fürsorge für unsere tapfern Krieger Noth thut, giebt manchen Befürchtungen für den Winter selbst Raum. Von der Unterstützung der Ortschaften können wir uns, nach Maßgabe der bisherigen Erfahrungen, wenig Erfolg versprechen. Auf einen Umstand wollen wir aber doch die betreffenden Behörden aufmerksam machen. Wie wäre es, wenn die Regierung den für den Winier unbedingt nöthigen Brennbedarf aus den Forsten und Torfgräbereien des Staates — für den doch die betreffenden Wehrleute in erster Reihe Haus und Hof verlassen mußten — anweisen würde?

Verschiedenes.

— **Ein tapferer Ulan.** Vor der Schlacht bei Königgrätz stieß eine preußische Ulanen-Patrouille von 3 Mann bei der Recognoscirung mit 7 österreichischen Husaren zusammen. Im Gefecht mit diesen zeichnete sich einer der Ulanen derartig aus, daß er nicht allein 2 von den Oesterreichern tödtete, sondern noch zwei verwundete; ebenso wacker schlugen sich seine Kameraden, welche jedoch immer in der Defensives blieben. Der Prinz Friedrich Karl hatte von ferne den Kampf beobachtet und ihnen Verstärkung zu Hülfe gesandt, welche jedoch erst eintraf, als der Tapferste der Ulanen in Verbindung mit seinen Kameraden die beiden Oesterreicher, die er verwundet hatte, dem preußischen Lager als Gefangene zuführte. Daselbst angelang, wurde er sofort zum Offizier ernannt, und empfing aus der Hand des Prinzen Friedrich Karl als Lohn seiner Tapferkeit den Offiziersäbel nebst Portepee mit der Zusage, daß er das zur Equipirung nöthige Geld erhalten werde. (B. Fr.-B.

Lokales.

— **Kommerzielles.** In Nr. 163 u. Bl. theilten wir mit daß die Handelskammer an den Herrn Handelsminister das Gesuch gerichtet hat, Se. Excellenz möchte sich dafür bemühen, daß die Verordnung des russ.-poln. Gouvernements vom 3/15. April 1857 außer Kraft gesetzt werde, nach welcher die Synagogen-Gemeinden in Polen auswärtige (also auch preussische) Geschäftsleute mosaischer Konfession zu Korporations-Beiträgen heranziehen dürfen, selbst wenn letztere sich vorübergehend an einem Orte geschäftshalber aufhalten. Die Handelskammer hoffte bei diesem ihrem zweiten Gesuche in beregter Angelegenheit um so mehr auf einen günstigen Erfolg, als sie früher durch Vermittelung des Herrn Handelsministers die Aufhebung einer andern ungerechten Belastung diesseitiger Staatsangehöriger besagter Konfession, nemlich die der Tageszettelsteuer in Warschau, herbeigeführt hatte. Leider ist diese Erwartung nicht in Erfüllung gegangen. Gutem Vernehmen nach hat der Herr Handelsminister die Handelskammer dahin bescheiden lassen, daß er es wiederholt ablehnen müße, in der Angelegenheit, betreffend die Heranziehung diesseitiger jüdischer Kaufleute zu den Korporationsbeiträgen der Synagogen-Gemeinden in Polen weitere Schritte zu thun, da deren Erfolglosigkeit nach Lage der Verhältnisse außer Zweifel sei. — Zweifelsohne wird die Handelskammer troz des obigen Bescheides die in Rede stehende Angelegenheit noch nicht auf sich beruhen lasseu, sondern in derselben, wie es räthlich erscheint, auch noch die Vermittelung des Herrn Minister-Präsidenten als Chef des Ministeriums der Auswertigen nachsuchen. Es ist das ein ganz abnormes Verhältniß, daß ein preußischer Jude Steuern an polnische Synagogen-Gemeinden zahlen soll und muß, während diese gar nicht in die Lage kommen und kommen können, jenen eine Gegenleistung zu bieten: Hiezu kommt noch, daß die jüdischen Geschäftsleute aus Rußland und Polen sich diesseits der Grenze, ohne daß sie in irgend welcher Weise von den preußischen Synagogen-Gemeinden in Anspruch genommen werden können, sich geschäftshalber aufhalten dürfen, während die diesseitigen Juden in Wirkung jenes sonderbaren, mit dem Schein einer legalisirten Prellerei behafteten Privilegs der polnischen Synagogen-Gemeinden Polen geschäftlich verschlossen wird. Einem solchen abnormen und ungerechten Verhältnisse sollte unsere Staatsregierung wirklich zu schwach sein Abhilfe zu schaffen? — Das ist unglaublich und unbegreiflich.

— **Die Reinigung der Städte,** namentlich der großen, ist eine Tagesfrage, die jetzt lebhaft erörtert wird, und zwar mit Recht, da nach wissenschaftlicher Beobachtung und Feststellung die Erhaltung des Gesundheitszustandes in einer Stadt, zumal beim Auftreten von Epidemien, wesentlich mit von der Reinigung der Straßen und der Häuser bedingt wird. Je reinlicher eine Stadt gehalten wird, desto weniger erfüllt sich die Luft daselbst mit gesundheitsgefährdenden Gasen und in demselben Grade mindert sich die Sterblichkeit. Die Reinlichkeit ist ferner der kräftigste Bundesgenosse des Menschen gegen Epidemien und hindert die Ausbreitung dieser, wenn sie auch das Erscheinen derselben nicht ganz verhindert. Auch für unsere Stadt ist jene Frage nicht ohne Bedeutung. Wenngleich die Fürsorge für die Reinigung und das Reinlichhalten der Stadt, namentlich im v. Sommer, in anerkennenswerther Weise rege gewesen ist, so fehlt doch noch viel, daß man sagen darf, es sei in beregter Beziehung Alles in bester und schönster Ordnung. Der Duft in der Straße an der Bache, wie in der an der Stadtmauer vom Stock-Thurm bis zur Elisabethstraße läßt in empfindlicher Weise wahrnehmen, daß für die Reinigung unserer Siadt noch manches zu wünschen übrig bleibt und namentlich die Erbauung eines Schlachthauses außerhalb der Stadtmauer ein dringenstes Bedürfniß ist. Die städtischen Behörden, wie die Sanitäts- und die Salubritäts-Commission haben daher auch volle Veranlassung im Interesse des allgemeinen Gesundheitszustandes die Beseitigung der Uebelstände innerhalb des in Rede stehenden Gebiets in Erwägung zu ziehen, resp. thatsächlich herbeizuführen. Mit Rücksicht hierauf gestatten wir uns auf eine Abhandlung des rühmlichst bekannten Königsberger Arztes und Gelehrten Dr. J. Möller hinzuweisen, welche derselbe unter dem Titel: **„Ueber die Entwässerung und Reinigung großer Städte"** im 1. Heft der Altpr. Monatsschrift pro 1866 veröffentlicht hat. In dieser Abhandlung wird die Frage erörtert, ob das Kanalsystem oder das Abfuhrsystem den Vorzug verdiene. Reflektirt der Verfasser hiebei auch zunächst auf die Verhältnisse in großen Städten, so sind doch seine Rathschläge für Städte von der Größe Thorns beachtenswerth und praktisch ausführbar. Wir könneu deshalb nicht umhin den Wunsch auszusprechen, daß magistratsseits einige Exemplare zur Abhandlung zur Zirkulation unter den Mitgliedern der beiden städtischen Behörden und jener vorgenannten Commissionen angeschafft werden möchten.

— **Vorberathung der Stadtverordneten-Wahlen.** Indem wir auf die unter den heutigen Inseraten enthaltene Einladung verweisen, bemerken wir, daß man dieses Mal im Gegensatz zu der früherhin beobachteten Praxis, nicht eine allgemeine Versammlung sämmtlicher drei Wähler-Abtheilungen ausgeschrieben hat, sondern abgesonderte Berathungen jeder einzelnen Abtheilung stattfinden werden, und zwar der 3 Abtheilung heute Freitag, der 2. Abthlg. am Dienstag den 20. und der 1. Abthlg. am Mittwoch den 21. Abends 8 Uhr im Lokal des Hrn Hildebrand. — Dieses Arrangement erscheint auch practischer als die frühere Art und Weise. Ein früherer Termin hat nicht genommen werden können, da das Herumsenden der Vorladungen zur Wahl Seitens des Magistrates erst in den letzten Tagen sich ermöglichen ließ das diesen Vorladungen aber jeder Wahlberechtigte entnimmt, zu welcher Abtheilung er gehört. — Die Wahlen selbst finden statt: 3. Abthlg. Montag d. 19. d. — 2. Abthlg. Mittwoch d. 21. d. — 1. Abthlg. Donnerstag d. 22 d. — dem entsprechend sind auch die Vorberathungen gelegt, so daß die einzelnen Abtheilungen auf die vorher vollzogenen Wahlen Rücksicht nehmen und danach sich über die Candidaten entscheidan können, daß diese aus allen Abtheilungen entnommen werden, also eine Beschränkung auf die spezielle Abiheilung nicht stattfindet, ist bekanvt.

— **Theater.** Die Schauspieler-Gesellschaft des Theater-Direktors Hrn. Kullack traf am Mittwoch d. 14. d. hier ein und sollte gestern, Donnerstag d. 15 d. die Theater-Saison mit dem Schauspiel „Rosa und Röschen" von Birch-Pfeiffer eröffnet werden.

— **Sternschnuppen.** Die „Danz. Ztg." berichtet, in der Nacht vom 13. zum 14. boten die in großer Menge fallenden Sternschnuppen ein sehr interessantes Schauspiel. Wie Raketen kamen sie von Osten nach Westen über den Himmel dahin geschossen, bald mit kurzen, bald mit langen Bogen, bald ein glänzender Körper, bald wie ein Comet mit langen leuchtenden Schweif. Auf dem Kohlenmarkt blieb sogar ein breiter, schlangenartig gewundener Leuchtstreif noch lange über dem Theater stehn, nachdem der Stern erloschen war. Es war als ob die Sterne sich scherzend diese feurigen Schneebälle zuwarfen und der große Bär schien namentlich von der Cassiopeia in Angriff genommen zu sein. Sehr überraschend war es, wenn in der Straße plötzlich hinter der einen Hänserreihe ein solches Meteor erschien mit Blitzesschnelle seine Streifen über den Himmel zog und hinter der gegenüberstehenden Häuserreihe verschwand. Von 1 bis 2 Uhr sah ich 251 Erscheinuugen. — Dasselbe schöne Naturschauspiel ist in jener Nacht auch hierorts beobachtet worden.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 126 pCt. Russisch - Papier 125 2/3 pCt. Klein - Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—15 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 15. November. Temp. Wärme 1 Grad. Luftdruck 27 Zoll 9 Strich. Wasserstand — Fuß 5 Zoll unter 0.

24,000 Loose mit 12,500 Gewinnen

vertheilt in 6 Klassen

Die von der **Königl. Preuß. Regierung genehmigte Frankfurter Stadt-Lotterie** bietet Gewinne von:
fl. 200,000, 100,000, 40,000, 25,000, 20,000, 15,000, 10,000, 6000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1000 u. s. w.

Einlage für die 1. Klasse				Einlage für alle 6 Klassen		
1/4 Loos	Thlr. —	26 Sgr.		1/4 Loos	Thlr.	13
1/2 „	„ 1	22 „		1/2 „	„	26
1/1 „	„ 3	13 „		1/1 „	„	52

Verloosungspläne und nähere Auskunft werden bereitwilligst ertheilt, die offizielle Ziehungslisten und Gewinne werden pünktlich überschickt. Da durch die bedeutende Nachfrage diese Loose bereits anderwärts zum größten Theil vergriffen, so mache ich darauf aufmerksam, daß solche bei mir noch zu haben sind und beliebe man Aufträge baldigst direkt zu richten an

Saul M. W. Feuerstein in Frankfurt a. M.

Ausverkauf.

Das zur Kaufmann **Louis Krüger**'schen Konkurs-Masse gehörige Eisen-Stahl und Messingwaaren-Lager, sowie verschiedene eiserne Oefen, Kochmaschinen und Hechselmaschinen, werden zu bedeutend herabgesetzten Preisen im Geschäfts-Lokal. Breitestraße Nr. 444 ausverkauft.

Der einstweilige Massen-Verwalter Justizrath Pancke.

Ein hübsches **Grundstück** nebst Bäckerei auf der Mocker ist sofort aus freier Hand zu verkaufen. — Näheres bei Kaufmann Herrn **Kostro** hier zu erfragen.

Tanz-Unterricht.

von

J. Jettmar

Lehrer der Tankunst und Gymnastik.

Einem geehrten Publikum hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich im Laufe dieses Winters hier wieder eintreffe und bereits die Circulare dem Lohndiener **Makowski** zugeschickt habe.

Hochachtungsvoll

J. Jettmar.

Brillen, Pince-nez, Thermometer, Operngucker u. s. w. empfiehlt zu den billigsten Preisen

W. Krantz,

Brückenstraße vis-à-vis dem Gasthof zum schwarzen Adler.

Bestes wasserhelles Petroleum

sowie Stearin- und Paraffinkerzen in allen Paklungen empfiehlt **Friedr. Zeidler.**

Vortheilhafte Abschlüsse mit den Directionen der renommirtesten Kohlengruben Oberschlesiens, setzen mich in den Stand einer jeden Concurrenz die Spitze zu bieten und offerire ich unter Zusicherung der reellsten Bedienung, von den mehreren wöchentlich regelmäßig für mich eintreffenden Kohlensendungen:

Beste doppelt gesiebte **Würfel-Kohlen** bei Entnahme eines ganzen Waggons
ab Bahnhof Thorn die Last mit 17 Thl. 10 Sgr.
ab meinem Schuppen innerhalb des Bahnhofes die Last mit 18 „ — „
Bei Bestellungen **einer ganzen oder halben Last frei Thorn vor die Thür** die Last mit 20 „ — „

Original Stückkohle pro Last 2 Thlr. theurer. Bestellungen auf in obiger Weise offerirte Kohlen, werden prompt innerhalb 8 Tagen ausgeführt.

Bestellungen auf einzelne Scheffel Würfel-Kohlen, die ich für den Preis von 10 Sgr. pro Scheffel frei in's Haus liefere, werden zu jeder Stunde in meinem Comptoir und Geschäftslokal entgegengenommen und sofort ausgeführt. **C. B. Dietrich.**

900 bis 1000 Thlr. werden sofort zur 1. Stelle auf ein Grundstück 2500 Thlr. werth, gesucht. — Von wem? bei Kaufm. Herrn **Kostro** zu erfragen.

So eben erschien und ist in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** vorräthig:

Schultze und Müller auf dem Kriegsschauplatze.

4. Heft. Preis 5 Sgr.

Die Lebenskraft.

Unter obenstehendem Namen ist ein vom Professor **Dr. Hawkins** zu New-York aus rein vegetabilischen Stoffen gezogener, jetzt über ganz Amerika verbreiteter **Pflanzenextrakt** aufgetaucht, dessen merkwürdige Eigenschaft auch seine baldige Verbreitung über ganz Europa zur Folge haben muß. Professor Hawkins verglich hauptsächlich die jetzige Lebensweise der Menschen mit der ihnen von Natur bestimmten und stellte fest, daß der Mensch sehr weit von dem naturgemäßen Wege abgekommen und sehr schwer auf diesen zurück zu bringen sei.

Hawkins betrachtet den Affen als nächste Uebergangsstufe vom Menschen abwärts und wies darauf hin, daß derselbe, obgleich auf einer geistig viel niederen Stufe als der Mensch, doch mit ihm gleiches Zahngebiß und gleiche Verdauungswerkzeuge hat, folglich mit ihm auf gleiche Nahrung angewiesen sei. Unstreitig steht nun fest: der Affee ist bei der natürlichen Nahrung geblieben und darum viel weniger Krankheiten ausgesetzt, auch körperlich viel rüstiger und behender geblieben, als der Mensch. Der Mangel an vegetabilischer Nahrung resp. deren Verderben durch viele Zuthaten, als Fett, Säure, Gewürz, sowie der Ersatz dieser Nahrung durch viele naturwidrige Lebensmittel bewirkt hauptsächlich eine Verdichtung des Blutes und in Folge dessen verschiedene dem Thiergeschlechte ganz unbekannte Krankheiten.

Die Einführung dieses neuen Stoffes in den Körper, hat nun den Zweck, den Hauptfaktor der Gesundheit, das Blut, auf einen natürlichen Zustand zurück zu führen. Die Lebenskraft ist frei von Spritt ohne irgend welche Beimischung, reiner Pflanzensaft. **Dr. Robertson** sagt hierüber: **Hawkins Lebenskraft** wird über kurz oder lang die bedeutendste Rolle in der Behandlung der Krankheiten einnehmen. Ich selbst lasse bei allen älteren Uebeln, wie **Gicht, Rheumatismus, Hämorrhoiden, Lungenfehlern, Schwindsucht, Wahnsinn** ja selbst **Syphilis** so wie **Schwächezuständen** jede Medicin weg und habe bei Verordnung der **Lebenskraft** so ausgezeichnete Erfolge beobachtet, daß ich allen meinen Collegen den Versuch damit anrathe. In Amerika hat jede Familie, jeder Farmer (Bauer) ein Paar Flaschen vorräthig und wird meistens jeder Krankheitsfall im Entstehen unterdrückt. Bei der auch in Amerika herrschenden **Cholera** hat dieser Saft, sofort genossen, wunderbare Wirkung gehabt. Wir empfehlen daher dieses Hausmittel, welches in keiner Familie fehlen darf, Allen, die es mit sich und ihrer Umgebung gut meinen und sind überzeugt, daß wir uns den Dank unserer Mitmenschen durch Einführung dieses Stoffes in Europa im höchsten Grade erwerben. Gebrauchsanweisungen werden beigelegt, sowie ärztlicher Rath dabei unentgeldlich und ausführlich ertheilt. **Die Flasche 20 Sgr.**, nach Oesterreich gegen Einsendung 1 Fl. Banknote Ö. W. zu beziehen in Berlin durch

D. Deerksen,
Hallesche Communication 38.

Eine große Auswahl Kleiderstoffe zu herabgesetzten Preisen offerirt

W. Danziger neben Wallis.

Ital.-Macaronen, in dünn und kurzer Form, ferner extra f. f. dünne Faden-Nudeln, und Sternnudeln bei **A. Mazurkiewicz.**

Das

Tuch- & Mode-Magazin für Herren

von

A. Bracki & Stange in Thorn.

empfiehlt sein Lager in Tuchen, Bukskins, Paletot-Stoffen, Flanellen, wollenen, Shirting-, Leinen, Oberhemden, Shawl-Tüchern, Biber-Pelzkragen-Shlipsen, Cravatten, Mützen Hüten, seidenen Regenschirmen, Handschuhen, Reisedecken zu billigen Preisen.

Bestellungen auf Herren-Anzüge werden unter unserer Garantie schnell ausgeführt.

Frischen **Magd. Sauerkohl**, Teltower Rübchen, Backobst, Astr. Erbsen, so wie eing. Gemüse und Spargeln bei

A. Mazurkiewicz.

Laden zu vermiethen.

Kulmer-Straße Nr. 307 ist ein geräumiger Laden nebst anhängendem Zimmer vom 1. Januar k. J. zu vermiethen. Näheres bei

M. Schirmer.



Berliner Pianinos

von schönem Ton und sauberer Spielart empfiehlt die Instrumentenhandlung von **C. Lessmann.** Kl. Gerberstraße 81.

Mein Haus auf der Neustadt gelegen, bin ich Willens, mit günstigen Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen. Zu erfragen bei Schuhmachermeister **Schmidt,** Gr. Gerberstr.

Rundholz und **Mauerlatten** sind billigst zu verkaufen auf der **Jankower** Kämpe.

Theaterbillete bei A. Scierpser.



Elbinger niederunger **Käse** sind gut und billig zu haben im Gasthause zur goldenen Sonne, Culmerstr.

Langnau.

Brückenstr. Nr. 7 ist ein Laden nebst Wohnung vom 1. April 1867 ab zu vermiethen.

W. Danziger.

1 Laden ist Breitenstraße Nr. 47 zu vermiethen **J. S. Schwartz.**

Eine neurenovirte Wohnung aus 6 heizbaren Zimmern nebst Zubehör auch Pferdestall und Wagenremise, ist von jetzt ab zu vermiethen.

Carl Lehmann.

Eine möblirte Stube und Kabinet ist sofort zu vermiethen. Schuhmacherstraße Nr. 349.

Stadttheater in Thorn.

Freitag den 19. November. Zum ersten Male: **„Sie hat ihr Herz entdeckt".** Lustspiel in 1 Akt von Wolfgang Müller von Königswinter. Vorher: **„Ein Partie Piquet."** Lustspiel in 1 Akt, frei nach Fournier und Meyer. Zum Schluß: **„Faust und Margarethe."** Soloscherz mit Gesang und Tanz in 1 Akt.

Sonntag, den 18. November. **„Klein Geld."** Große Posse mit Gesang in 7 Bildern von C. Pohl. In der Posse Ballet.

Die Direktion.

Es predigen:

In der evangelisch-luherischen Kirche.

Freitag, den 16. November Abends 7 Uhr Herr Pastor Rehm.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**